

Zwangsvollstreckung für Anfänger

Damm

13. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-75081-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

II. Sachpfändung und Verwertung (§§ 808–827 ZPO)

denn gem. §§ 803 Abs. 2, 812 ZPO dürfen Gegenstände nicht gepfändet werden, bei deren Verwertung „nur ein Erlös erzielt werden würde, der zu dem Wert außer allem Verhältnis steht“. Da kaum ein anderer diesen Maßanzug wird tragen können, steht das zu erwarten.

Stellt der GVZ fest, dass Pfandgegenstände bei weiterem Gebrauch durch den Schuldner eine bedeutende Wertminderung erleiden können (zB Kfz), können die Kfz-Schlüssel weggenommen und der Gebrauch untersagt werden.

Wenn Verderb von gepfändeten Gegenständen droht, muss der GVZ sie beschaffen lassen und sofort versteigern.

Nicht selten wird dem GVZ beim Pfändungsversuch eine Liste vorgelegt, auf der ein Verwandter oder guter Freund des Schuldners bestätigt, dass ihm der gesamte Hausrat gehört und der Schuldner somit nur in geliehenen Möbeln wohnt (Sicherungsübereignung). Der GVZ muss sich um solche Behauptungen nicht kümmern, denn es ist Sache des Sicherungsgläubigers, ggf. Drittwiderspruchsklage zu erheben (→ Rn. 144). Es kommt allerdings immer wieder vor, dass ein GVZ in einem solchen Fall (aufgrund Angst vor – angeblicher – eigener Haftung gegenüber dem Schuldner) von der Pfändung absieht. Andererseits geht er damit ebenfalls ein Haftungsrisiko ein, wenn sich später nämlich herausstellen sollte, dass die Sicherungsübereignung rechtlich angreifbar war. Deshalb fragt der GVZ dann gerne beim Gläubiger nach, ob dieser nicht aus Kostenersparnisgründen seinen Antrag zurücknehmen oder sich mit dem Vermögensverzeichnis des Schuldners und ggf. dessen Eintragung ins Schuldnerverzeichnis begnügen will. Das muss der Gläubiger im Einzelfall abwägen (vgl. auch die Überlegungen unter → Rn. 242 f.).

Der Gläubiger sollte sich aber auf jeden Fall die schriftliche Vereinbarung über die (angebliche) Sicherungsübereignung **zur Prüfung vorlegen** lassen. Diese Prüfung ist nicht einfach. Folgende **Grundregeln** muss man in jedem Fall beherrschen:

- Eine Sicherungsübereignung ist nur dann rechtswirksam, wenn der Schuldner eine Gegenleistung für die Abtretung seines Hausrats etc. bekommen hat, üblicherweise ein Darlehen. Wenn dieses Darlehen in der Urkunde nicht erwähnt ist, bestehen erhebliche Zweifel an ihrer Wirksamkeit.
- Wenn das Datum der Urkunde einen Zeitpunkt ausweist, zu welchem der Schuldner offensichtlich schon vermögenslos war, kann die Sicherungsübereignung anfechtbar sein (Anfechtungsgesetz), vor allem, wenn sie mit einem Verwandten vorgenommen worden ist.
- Eine Sicherungsübereignung ist nur dann wirksam, wenn jeder einzelne Gegenstand so genau bezeichnet ist, dass man ihn anhand der Urkunde identifizieren kann.¹³⁶ Die Übereignung „aller Möbel in meinem Wohnzimmer“ ist deshalb nicht möglich.
- Auch andere Bestimmungen können unwirksam sein, so etwa die Bedingung, dass nur diejenigen Gegenstände übereignet sind, „die nicht der Unpfändbarkeit gemäß § 808 ff. ZPO unterliegen“.¹³⁷

Wenn die Sicherungsübereignung rechtswirksam ist, darf man auf keinen Fall vergessen, die **Rückübertragungsansprüche** gegenüber dem Sicherungsgläubiger zu pfänden. Wenn der Wert der zur Sicherung übertragenen Gegenstände die

¹³⁶ BGH NJW 1986, 1985.

¹³⁷ BGH WM 1988, 346.

noch offene Forderung übersteigt, kann man notfalls den Gläubiger befriedigen und auf wertvollen Hausrat zugreifen. Ist das nicht der Fall, so hindert man in jedem Fall den Schuldner daran, Gegenstände freihändig zu veräußern, wenn der Sicherungsgläubiger zustimmt.

e) Austauschpfändung (§ 811a ZPO)

- 234 In unpfändbare Gegenstände kann der Gläubiger trotzdem vollstrecken, wenn er Austauschpfändung anbietet. Hat der Schuldner eine Uhr, die 15.000,- EUR kostet (Rolex etc.) oder eine wertvolle Kücheneinrichtung, dann wird man dem Gläubiger empfehlen, sich im Kaufhaus eine Uhr für 50,- EUR oder eine bescheidenere Küche zu beschaffen und sie gegen die wertvolle auszutauschen. Das geschieht durch folgenden Antrag, der beim Rechtspfleger des Vollstreckungsgerichts am Schuldnerwohnsitz zu stellen ist (§§ 811a Abs. 2, 802 ZPO, § 20 Ziff. 17 RPflG):

Beispiel:

Es wird beantragt, gem. § 811a ZPO die Austauschpfändung der dem Schuldner gehörenden Küche „Poggenpohl“, bestehend aus einem vollelektronischen Backofen, einer Ceran-kochmulde, einem Mikrowellenherd, vier Unterschränken, drei Oberhängeschränken, einen Besenschrank und einer Gaggenau Hochleistungskühl-Gefrierkombination, zuzulassen mit der Maßgabe, dass dem Schuldner der zur Ersatzbeschaffung erforderliche Geldbetrag von 1.250,- EUR aus dem Versteigerungserlös ausgehändigt wird.

Begründung:

Die im Antrag geschilderte Küche ist ca. 6 Monate alt und hat einen Anschaffungspreis von ca. 15.000,- EUR. Ein Versteigerungserlös von ca. 7.500,- EUR ist nach Auskunft des Gerichtsvollziehers zu erwarten. Die Anschaffung eines einfachen Kochherdes, eines einfachen Kühlschranks und einer einfachen Regalablage für das Küchengerät erfüllt die notwendigsten Bedürfnisse des Schuldners (§ 812 ZPO). Sie sind mit einem Ersatzaufwand von 1.250,- EUR zu beschaffen.

Beweis: Auszug aus dem Ikea-Katalog 2018, S. 24/26 in der Anlage

Es besteht Bereitschaft, den zur Anschaffung der Ersatzgegenstände erforderlichen Geldbetrag Zug um Zug gegen Pfändung der Gegenstände durch den Gerichtsvollzieher zur Verfügung zu stellen.

Ähnlich kann auch mit einem wertvollen Fernseher oder mit Antiquitäten verfahren werden, die zB als einziger Esstisch sonst nicht pfändbar sind. Die praktischen Schwierigkeiten der **Austauschpfändung** sind erheblich: Der GVZ muss prüfen, ob der angebotene Austauschgegenstand funktionsfähig ist, der Schuldner wird mit großer Sicherheit sämtliche Rechtsmittel ausschöpfen, die ihm zur Verfügung stehen, vor allem mit dem Hinweis, dass die Versteigerung nichts bringen wird. Der Versteigerungserlös bleibt bei gebrauchten Gegenständen fast immer gering. Beim Hochstapler, der nur von goldenen Tellern speist, zeigt sie aber gelegentlich große Wirkung. Von ihr wird zu **wenig Gebrauch** gemacht.

f) Verwertung

- 235 Nach der Pfändung bestimmt der GVZ einen Termin zur öffentlichen Versteigerung der gepfändeten Sachen (§ 814 ZPO). Es ist auch eine Versteigerung über eine öffentliche Internet-Plattform zulässig (§ 814 Abs. 2 und 3 ZPO). Die Bun-

desländer haben dazu Verordnungen erlassen, aus denen sich jeweils die näheren Modalitäten einer Internetversteigerung ergeben. Die GVZ können gepfändete Gegenstände auf der auch von Staatsanwaltschaft und Zoll genutzten Plattform Justiz-Auktion¹³⁸ verwerten.

Der GVZ entscheidet im Einzelfall (unter Beachtung der Vorgaben der GVGA), welchen Weg der Verwertung er einschlägt. Die Entscheidung kann von den Verfahrensbeteiligten mit der Erinnerung (§ 766 ZPO) angreifen.¹³⁹

Wählt der GVZ die Präsenzversteigerung, so erteilt er einem Speditionsunternehmen den Auftrag, die Pfandsachen unter seiner Aufsicht aus der Wohnung zum Versteigerungsort zu schaffen (Einschaffung), dort führt er selbst die Versteigerung durch. In größeren Städten (München, Hamburg) ist die Funktion des Einschaffungs- und des Versteigerungsgerichtsvollziehers getrennt. Es sind dann also für den Gläubiger insgesamt drei GVZ tätig. Mehr Gebühren entstehen dadurch nicht.

Um ein Kfz **wirksam versteigern** zu können, muss der GVZ neben dem Wagen auch die Kfz-Zulassungsbescheinigung Teil II („Kfz-Brief“) gepfändet haben.¹⁴⁰ Daher muss der Gläubiger den GVZ im Vollstreckungsauftrag explizit darauf hinweisen, auch nach der Zulassungsbescheinigung Teil II zu fragen. Sollte der Schuldner diese, was häufig der Fall ist, seiner Bank als Teil einer Kreditbesicherung (Sicherungsübereignung des Kfz) übergeben haben, muss der Gläubiger die **Rückübertragungsansprüche** des Schuldners gegenüber seiner Bank pfänden lassen und zugleich im Wege der Hilfspfändung beantragen, dass die Zulassungsbescheinigung Teil II an ihn herausgegeben wird. Schlechtestenfalls ist der Gläubiger gezwungen, das bei der Bank offene Darlehen selbst zu tilgen, um anschließend mit der Zulassungsbescheinigung Teil II das Fahrzeug versteigern zu können.

Bei der Versteigerung muss mindestens die Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswertes der Sache erreicht werden (§ 817a ZPO, Mindestgebot). Gewöhnlicher Verkaufswert ist der Preis, der bei einem Verkauf außerhalb der Versteigerung erzielt werden könnte. Der Versteigerungsgerichtsvollzieher legt ihn nach seiner Erfahrung – gegebenenfalls unter Zuziehung eines Sachverständigen – fest.

Werden mehrere Gegenstände des Schuldners versteigert, so kann der Gläubiger beantragen, dass die Versteigerung (vorzeitig) beendet wird, wenn der bis dahin erzielte Versteigerungserlös ausreicht, sowohl die Forderung des Gläubigers als auch die Verfahrenskosten zu decken.¹⁴¹

Wird kein Mindestgebot abgegeben, muss sich der Gläubiger etwas einfallen lassen, denn die Einlagerung des eingeschafften Gegenstandes kostet täglich Standgeld! Die Möglichkeiten sind (§ 825 ZPO):

- Der Gläubiger sucht sich ggf. durch Inserat einen Interessenten für das Pfandstück. Dann darf der GVZ es an diesen Interessenten zum Mindestgebot veräußern;
- der Gläubiger übernimmt den Gegenstand selbst in Anrechnung auf seinen Wert, wobei wiederum das Mindestgebot zugrunde zu legen ist.

¹³⁸ www.justiz-auktion.de

¹³⁹ Vgl. die Ausführungen in der Gesetzesbegründung in BT-Drs. 16/12811.

¹⁴⁰ BGH NJW 1992, 2570.

¹⁴¹ BGH NJW 2007, 1276.

In beiden Fällen ist die Zustimmung des Vollstreckungsgerichts nicht erforderlich (Ausnahme: § 825 Abs. 2 ZPO bei Versteigerung durch eine andere Person);

- der Gläubiger hebt die Pfändung auf, was er notgedrungen tun muss, wenn er nicht die Kosten für die Aufbewahrung des unverkäuflichen Gegenstandes tragen will. Auf diese Art und Weise hat mancher Schuldner sein Eigentum wieder zurückbekommen, ohne seine Schulden zu bezahlen.

Der Zuschlag erfolgt bei der Präsenzversteigerung durch dreimaligen Aufruf („Zum Ersten, ...!“). Bei der Internetversteigerung erhält der Meistbietende den Zuschlag, wenn sein Gebot das Mindestgebot (so) erreicht oder übersteigt. In beiden Fällen ist seit der Gesetzesänderung von 2009 entweder Barzahlung bei Abholung oder – weil Barzahlung bei Internetversteigerungen weder üblich noch praktikabel ist – eine vorherige bargeldlose Begleichung des Meistgebots möglich.

g) Informationspflichten des Gerichtsvollziehers

- 237 Der GVZ, der von einem Gläubiger einen Auftrag erhalten hat, ist verpflichtet, diesen über das Ergebnis des durchgeführten Vollstreckungsverfahrens zu informieren. Es geschieht allerdings immer wieder, dass ein GVZ seine Mitteilung so knapp hält, dass für den Gläubiger das Ergebnis des Pfändungsversuchs des GVZ nicht oder nur schwer nachvollziehbar ist. Auch kann es sein, dass der GVZ ein nicht aussagekräftiges Pfandabstandsprotokoll übersendet. Dem Gläubiger bleibt in solchen Fällen meist nichts anderes über, als dies zu beanstanden und detailliertere Aussagen des GVZ einzufordern. Denn der GVZ muss zwar keinen „Roman“ schreiben, seine Mitteilung muss aber „erkennen lassen, aus welchem Grund der Vollstreckungsversuch ohne Erfolg geblieben ist“¹⁴² und darf laut BGH „nicht völlig ohne Aussagekraft sein“. Hat der GVZ Vermögensgegenstände, die er beim Schuldner gefunden hat, für unpfändbar gehalten, so hat er diese zumindest allgemein zu benennen. Nur so kann der Gläubiger bzw. sein Anwalt beurteilen, ob er hinsichtlich der Unpfändbarkeit der Meinung des GVZ folgen kann oder nicht.¹⁴³

Oftmals kann es auch hilfreich sein, den GVZ anzurufen und sich über einen Vollstreckungsversuch oder den Sachstand des Verfahrens unterrichten zu lassen. Dies kann helfen, langwierigen und uU wenig ergiebigen Schriftverkehr zu vermeiden sowie ggf. weitere Informationen über die Situation des Schuldners als auch ein „Gefühl“ für den „Arbeitseifer“ des GVZ zu erhalten.

6. Verhalten des Schuldners/Rechtsmittel

a) Verhalten des Schuldners bei der Pfändung

- 238 Der Schuldner hat vielfältige Möglichkeiten, dem Gläubiger und dem GVZ das Leben schwer zu machen. Das beginnt mit der unterlassenen Meldung beim

¹⁴² BGH NJW-RR 2004, 788.

¹⁴³ LG Hamburg JurBüro 1989, 1313, unter Hinweis auf OLG Frankfurt MDR 1982, 503.

II. Sachpfändung und Verwertung (§§ 808–827 ZPO)

Einwohnermeldeamt, dem falschen Namen am Briefkasten, der unrichtigen Auskunft durch Hausgenossen, der Schuldner sei verreist etc.

Der rechtskundige Schuldner wird keine Durchsuchung ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl dulden. Bis der GVZ diesen beschafft hat, befindet sich die pfändbare Habe längst bei Freunden und Verwandten. Wenn diese den Zweck dieser Vermögensverteilung kennen (Scheingewahrsam), könnte der GVZ zwar trotzdem pfänden, aber er weiß ja nicht, dass die Sachen dem Schuldner gehören und wohin er sie geschafft hat. Darüber aufklären muss der Schuldner zwar bei Abgabe der Vermögensauskunft, aber der Gläubiger muss auch beantragen, dass das Vermögensverzeichnis des Schuldners vor der Pfändung aufgenommen wird. Da das Gesetz den Sinn des GVZ-Auftrags eher in der Informationsbeschaffung für den Gläubiger denn in der Sachpfändung sieht, bleibt dem Schuldner für eine Verschleierung seines Vermögens also nur die zweiwöchige Wartefrist vor der Abgabe der Vermögensauskunft (§ 802f Abs. 1 ZPO; → Rn. 257).

Genauso kann der Schuldner versuchen, einen Termin zur Pfändung und/oder zur Abgabe der Vermögensauskunft durch Verweis auf Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit COVID-19 zu vermeiden. Mit dieser Begründung kann er dem GVZ sowohl den Zutritt zu seiner Wohnung verweigern als auch einen Termin in den Büroräumen des GVZ ablehnen. All das wird dem Schuldner jedoch nur gelingen, wenn er belegt, dass bei ihm tatsächlich eine konkrete Gefahr für seine Gesundheit besteht (analog zu den Härtefällen bei einer Räumung, → Rn. 443).

An dieser Stelle sei erwähnt, dass bei einer besonderen Gefahrenlage im Zusammenhang mit COVID-19 auch ein GVZ uU nicht bereit ist, Aufträge auszuführen, soweit er in deren Rahmen ihm fremde Personen aufsuchen bzw. solche Personen in sein Büro lassen soll. Das sollte natürlich auch nur bei einer besonderen Risikosituation der Fall sein. Dem Gläubiger sei hier geraten, mit etwaigen Druckmitteln wie einer Dienstaufsichtsbeschwerde (→ Rn. 146) zurückhaltend umzugehen. Immerhin bleibt ihm der Trost, dass auch alle anderen Gläubiger, die diesen GVZ ebenfalls mit Maßnahmen gegen einen bestimmten Schuldner beauftragt haben, genauso ausgebremst werden.

b) Verhalten des Schuldners bei der Verwertung

Bei der Verwertung kann der Schuldner über Freunde sein Mobiliar wieder 239 ersteigern und sich dann leihen lassen. Diese Konstruktion kann der Gläubiger im Prinzip nicht mehr angreifen: Zwar sind die Ansprüche des Schuldners gegenüber dem Verleiher pfändbar, sie haben aber für den Gläubiger überhaupt keinen Gegenwert. Nicht wenige Schuldner leben auf diese Weise in prächtigen geliehenen Möbeln oder aber in einer Wohnungseinrichtung, die für früher gegebene Darlehen sicherungsübereignet ist.

Ähnlich wird von Leuten verfahren, bei denen „alles der Frau oder der Freundin gehört“. Ein konsequenter Gläubiger kann solche Konstruktionen **nur mit hohem Kostenaufwand** zerschlagen: Er muss die behauptete Sicherungsübereignung innerhalb der Fristen des Anfechtungsgesetzes anfechten oder den Zweck der Vermögensübertragung gerade zur Gläubigerbenachteiligung nachweisen (§ 826 BGB), wenn dem Schuldner tatsächlich Geld gegeben worden ist.

Umgekehrt hat der Gläubiger ein hohes Haftungsrisiko, wenn er bei verlangerter Freigabe von Gegenständen (§ 771 ZPO) nicht sofort die nötigen Überprüfungen

anstellt und sich vergewissert, ob das behauptete Eigentum eines Dritten zu Recht besteht. Handelt er nicht ohne schuldhaftes Zögern (unverzüglich), dann treffen ihn die Kosten der erfolgreichen Drittwiderspruchsklage und daneben möglicherweise noch Schadensersatz für entgangene Nutzungen etc.¹⁴⁴

7. Rechte Dritter

240 Rechte Dritter sind bei der Sachpfändung in dreierlei Hinsicht zu beachten:

a) Mitbewohner von Räumen

241 Die Durchsuchung der Wohnräume des Schuldners trifft oft die Rechtssphäre von Mitbewohnern. Das ist vor allem bei Wohngemeinschaften zu beachten, bei denen ein Teil der Mitbewohner Alleingewahrsam an einzelnen Bereichen der Wohnung haben kann. Die hier zunächst unsichere Rechtsprechung wird in letzter Zeit deutlicher. Das LG Hamburg¹⁴⁵ hat entschieden, dass der GVZ eine richterlich angeordnete **Durchsuchung** der Wohnung **auch gegen den Widerspruch** von in der Wohnung anwesenden weiteren Personen durchführen darf, soweit sich feststellen lässt, dass der Schuldner an seinem eigenen Zimmer Alleingewahrsam hat. Das dürfte in der Regel der Fall sein.

b) Dritteigentum und Sicherungsrechte Dritter

242 Im Übrigen sind Dritte betroffen, die Rechte an den gepfändeten Sachen haben. Das ist in erster Linie der Vermieter wegen seines Vermieterpfandrechts und dann die Eigentümer all jener Gegenstände, die der geübte Schuldner sich von anderen entweder geliehen oder ihnen zur Sicherung übertragen hat (→ Rn. 200).

Viele GVZ sehen von der Anbringung des Pfandsiegels schon dann ab, wenn der Schuldner nur behauptet, „das Fernsehgerät gehört meiner Freundin“, obgleich § 71 Abs. 1 GVGA deutlich sagt: „Für ihn [den GVZ] gilt als Vermögen des Schuldners alles, was sich in dessen Gewahrsam befindet.“ Zudem kann der Gläubiger auch auf § 1006 BGB verweisen, wonach vermutet werden darf, dass der Besitzer einer Sache auch deren Eigentümer ist, sofern keine dem widersprechenden Indizien erkennbar sind. Es läge dann am Schuldner nachzuweisen, dass ein anderer der Eigentümer ist.

Auch die Ehefrau wird vom Schuldner gerne als alleinige Eigentümerin vorgeschoben. § 1006 BGB indiziert hier bei Mitbesitz ein Miteigentum des Schuldners. Ein evtl. bloßer Hinweis auf „Gütertrennung“ besagt für sich allein ebenfalls nichts. Es muss mindestens der Gütertrennungsvertrag samt Vermögensliste vorgelegt werden, damit überprüft werden kann, ob in der Liste überhaupt gepfändete Gegenstände erfasst sind.

Man muss sich trotzdem gut überlegen, ob man sich mit dritten Personen in einer langwierigen Drittwiderspruchsklage (§ 771 ZPO) darum streitet, ob der Fernseher nun wirklich der Freundin gehört oder nicht. Manchmal ist es zweck-

¹⁴⁴ BGH NJW 1972, 1048.

¹⁴⁵ NJW 1985, 72.

mäßiger, auf die Pfändung zu verzichten, weil der GVZ dann das Pfandabstandsprotokoll ausfüllen kann und man den Schuldner schneller zur EV bringt (vgl. auch die Überlegungen unter → Rn. 229).

Es stellt sich außerdem die Frage, wer den Dritten als (vermeintlichen) Eigentümer einer gepfändeten Sache zu benachrichtigen hat. Dies ist üblicherweise Sache des Schuldners. Nach § 87 GVGA hat der GVZ nur denjenigen Dritten auf die Möglichkeit, seine Rechte beim Gläubiger oder bei Gericht geltend zu machen, hinzuweisen, der bei der Pfändung selbst anwesend ist und dieser ausdrücklich widerspricht. Laut BGH¹⁴⁶ hat der GVZ einen Dritten, der bereits einer ersten Pfändung erfolgreich widersprochen hat, auch über eine Anschlusspfändung zu unterrichten. 243

Wenn ein Gegenstand versteigert wird, der nicht dem Schuldner gehört, sondern einem Dritten, erwirbt derjenige, der den Zuschlag erhält, die Sache aufgrund des staatlichen Hoheitsaktes und frei von Rechten.

In diesen Fällen und wenn ein versteigerter Gegenstand mit Sicherungsrechten Dritter belastet war, muss der **Gläubiger** den **Versteigerungserlös** aber an denjenigen **herausgeben**, dessen Recht höherrangig ist als dasjenige, das aus der Pfändung entstanden ist.¹⁴⁷

c) Andere Gläubiger

Da der GVZ häufig für mehrere Gläubiger pfändet, ist die Rangfrage unter diesen Gläubigern zu klären. Geschieht die Pfändung am gleichen Tage, so erhalten die Gläubiger den gleichen Rang, auch dann, wenn einer von ihnen den Auftrag früher erteilt hat. Es kann aber auch sein, dass ein antiker Schrank (Wert 5.000,- EUR) für den Gläubiger A gepfändet wurde, der 2.500,- EUR zu bekommen hat. Kommt der GVZ eine Woche später wieder, so wird er denselben Schrank im Wege der Anschlusspfändung für den Gläubiger B pfänden, der 2.000,- EUR zu bekommen hat. Wenn der Versteigerungserlös insgesamt nur 3.000,- EUR erbringt (Mindestgebot: 2.500,- EUR), dann erhält Gläubiger A 2.500,- EUR und Gläubiger B die restlichen 500,- EUR. 244

d) Insolvenzverwalter

Durch die Rechtsprechung des BGH hat sich eine unschöne Falle für den Gläubiger im Falle einer späteren Schuldnerinsolvenz aufgetan:¹⁴⁸ Wenn ein Sachpfändungsversuch zunächst erfolglos verläuft, der Schuldner aber noch vor der Abgabe der EV „freiwillig“ eine Zahlung an den Gläubiger leistet (meist um das EV-Verfahren und/oder weitere Vollstreckungsmaßnahmen des Gläubigers abzuwenden), so handelt es sich nach Ansicht des BGH hierbei um eine absichtliche Benachteiligung der übrigen Gläubiger. Sollte innerhalb von 10 Jahren nach einer solchen Zahlung das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet werden, dann kann der Insolvenzverwalter diese Zahlung gemäß § 133 InsO anfechten und vom Gläubiger die Rückzahlung an die Insolvenzmasse verlangen. Die Kenntnis des Gläubigers von der drohenden Zahlungsunfähigkeit des 245

¹⁴⁶ DGVZ 2007, 135.

¹⁴⁷ BGH NJW 1987, 1880.

¹⁴⁸ BGH NJW 2010, 1671.

Schuldners und die Benachteiligungsabsicht des Schuldners werden letztlich bis auf den Nachweis des Gegenteils hin als gegeben angesehen. Damit stünde der Gläubiger uU mehrere Jahre nach Vereinnahmung der Zahlung des Schuldners wieder „mit leeren Händen“ da und müsste sich auf seinen (normalerweise sehr geringen) Anteil an der Insolvenzmasse verweisen lassen. Das soll, so der BGH, auch für Ratenzahlungsvereinbarungen zwischen GVZ und Schuldner gemäß § 806b ZPO gelten.

Dieses Risiko einer Insolvenzanfechtung besteht nicht, wenn der Schuldner aufgrund der Vollstreckung durch den GVZ einen Betrag an diesen zahlt. Anfechtungsfrei bleiben auch (Teil-)Zahlungen des Schuldners auf eine Forderungspfändung hin (zB Kontopfändung, → Rn. 302 ff.). Weiterhin könnte der Gläubiger den GVZ im Pfändungsauftrag explizit anweisen, vom Schuldner angebotene Teilzahlungen abzulehnen, aber zugleich die angebotene Geldsumme im Wege der Sachpfändung an sich zu nehmen und beim Gläubiger abzuliefern. Das Ergebnis wäre dasselbe, nämlich dass der Gläubiger den dem Schuldner aktuell zur Verfügung stehenden Betrag erhält, das Risiko einer Insolvenzanfechtung wäre aber minimiert. Werden in anderen Fällen Teilzahlungen eines Schuldners außerhalb eines Vollstreckungsverfahrens angenommen, so sollte sich der Gläubiger des für 10 Jahre bestehenden Risikos einer Rückzahlung und der Konsequenzen daraus (zB Rückstellungsbedarf) bewusst sein.

8. Kosten

246 Der Rechtsanwalt erhält für den Vollstreckungsauftrag eine 0,3-Gebühr VV 3309 RVG. Der Antrag auf richterlichen Durchsuchungsbeschluss löst keine besondere Gebühr aus, ebenso wenig, wie der Antrag auf Nachtzeitbeschluss oder Pfändung an Sonn- und Feiertagen (§ 19 Abs. 2 S. 1 RVG).

Der GVZ bekommt für seine Tätigkeit die folgenden Gebühren (die Höhe des Vollstreckungsbetrages spielt dabei keine Rolle).

Beispiel:

Pfändungsgebühr, Nr. 205 KV GVKostG	26,00 EUR
Wegegeld (Annahme: 15 km Wegstrecke), Nr. 711 KV GVKostG	6,50 EUR
Schreibauslagen (2 Fotokopien), Nr. 700 KV GVKostG	1,00 EUR
Auslagenpauschale (20 % der zu erhebenden Gebühren – mindestens 3,00 EUR, höchstens 10,00 EUR), Nr. 716 KV GVKostG	6,70 EUR
Summe	40,20 EUR

Musste Pfandabstand erklärt werden, so erhält der GVZ eine Gebühr in Höhe von 15,- EUR (Nr. 604 KV GVKostG).

Wird gepfändet und nimmt die Durchführung der Pfändung mehr als drei Stunden in Anspruch, so erhöht sich die Gebühr für jede angefangene weitere Stunde um 20,- EUR (Nr. 500 KV GVKostG).

Wird der GVZ auf Verlangen zur Nachtzeit (§ 758a Abs. 4 ZPO) oder an einem Sonnabend, Sonntag oder Feiertag tätig, so werden die doppelten Gebühren erhoben (§ 11 GVKostG).

Zahlt der Schuldner, erhält der GVZ eine Hebegebühr in Höhe von 4,- EUR (Nr. 430 KV GVKostG).